



Ressort: Politik

Linke politische Indoktrination an Schule in MV

Schwerin, 19.09.2026 [ENA]

Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=QiQ0_-131NY An einer Schule im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hat vor ein paar Tagen der linke Influencer und Youtuber namens Marcant einen Geschichtsunterricht gehalten. In dem Video ging es durchgehend um die Konfrontation der Schüler mit der Alternativen Partei. Sowas ist an Schulen verboten. Das Ministerium hat sich dazu bisher noch nicht gemeldet auf Nachfrage.

Wer den Youtuber Marcant kennt weiß, wie er politisch tickt. Zuvor in Sachsen-Anhalt unterwegs und jetzt in Mecklenburg-Vorpommern zieht er von einer Stadt zur anderen und versucht dort, die Bürger zu belehren und vor der Alternativen Partei zu warnen. Er geht dazu gezielt auf junge Erwachsene und Schüler zu und konfrontiert diese mit seinen linken Ideologien. Auch holt er sich bestimmte Personen vor die Kamera und führt diese vor. Damit wird der Eindruck erweckt, die Menschen würden ein ganz bestimmtes Bild abgeben. Das mag man gut finden oder nicht, legal ist es alledem.

Auch mit der Klima Aktivistin Luise Neubauer war er schon unterwegs und er selber bezeichnet sich auch nicht als politisch neutraler Journalist, sondern gibt seine persönlichen Meinungen wieder in den Videos. Soweit so gut beziehungsweise so schlecht je nachdem, wie man dazu steht. Jetzt war er an einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern in einer Klasse, den Namen der Schule hat er aus Sicherheitsgründen nicht bekannt gegeben und die Schüler scheinen vom Anschein her Erstwähler zu sein. Dort hat er während des gesamten Unterrichtes, wo er als vermeintlicher Lehrer auftrat die jungen Schüler konfrontiert mit der deutschen Geschichte unter anderem und hat Video Beispiele gezeigt von Menschen auf irgendwelchen Veranstaltungen der Alternativen.

Gleich zu Beginn stellte er die These auf, dass die Alternative blaue Partei gesagt haben soll, dass die PISA Studie in Mecklenburg-Vorpommern richtig schlecht ausgefallen sei. Wenn man das mal nach recherchiert, muss man feststellen, dass die Pisa Studie dies selber ausgesagt hat und nicht dies eine Wertung nur einer bestimmten Partei dazu war. Danach gab es einen kleinen geschichtlichen Test und anschließend ein paar Videosequenzen von diversen Aussagen von Leuten, die anscheinend am Rande einer Wahlkampfveranstaltung der alternativen blauen Partei zu Gast waren. Es wurden ein paar extremere Aussagen von Einzelpersonen herausgepickt und dazu die Schüler um deren Meinung gefragt.

Zum Schluss hin wurde ein Direkt-Kandidat der blauen Alternativen Partei gefragt um seine Meinung zu

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

einem bestimmten Thema. Es ging um die Thematik der Ausgrenzung der Partei gegenüber den anderen Parteien in diesem Land. Der Direktkandidat zog da Parallelen zum dritten Reich mit den Juden. Das so ein Vergleich hinkt muss man hier jetzt nicht noch erwähnen, das ist natürlich daneben. Aber damit wird den Schülern vermittelt, dass alle in dieser Alternativen blauen Partei so denken. Es entstand daraufhin eine Diskussion über die Partei und dieser Person mit dieser Aussage und genau an diesem Punkt wird es nun sehr interessant, denn solche Diskussionen sind in Deutschland an Schulen nicht erlaubt!

An Schulen in Mecklenburg-Vorpommern ist politische Werbung unzulässig. Das Schulgesetz verankert den Beutelsbacher Konsens: Schüler dürfen nicht mit erwünschten Meinungen überwältigt werden. Kontroverse Themen sind kontrovers zu behandeln. Demokratische Grundwerte zu vermitteln und gegen Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung vorzugehen, ist Pflicht – gezielte parteipolitische Indoktrination im Geschichtsunterricht jedoch nicht. Ein politischer Influencer wie Marcant ist dafür nicht geeignet, da er keine Ausbildung hat pädagogisch als Lehrkraft. Da stellt sich für mich die Frage, wer hat dies erlaubt an dieser Schule? Kennen die Lehrer und die Schulleitung an dieser Schule nicht die gesetzlichen Vorgaben?

Da es sich um Erstwähler anscheinend handelt, wurden diese durch den linken Influencer direkt beeinflusst in ihrem Wahlverhalten. So eine Beeinflussung ist, wie gesagt, an Schulen und nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern untersagt. Eine politische Neutralität war nicht mehr geboten. Politische Inhalte der Alternativen blauen Partei wurden verzerrt dargestellt. Die Meinung eines einzelnen Direktkandidaten wurde herangezogen und für die Schüler war das so dargestellt, als dass die Gesamtpartei das so sehe. Ein klarer Verstoß! Aber anscheinend, wenn es um Bashing dieser Alternativen blauen Partei geht, drückt man auch schon mal beide Augen zu! Eine Anfrage an das Ministerium wurde bisher nicht beantwortet und wird hier noch nachgereicht.

[Bericht online lesen:](#)

https://pfaffconsult.en-a.de/politik/linke_politische_indoktrination_an_schule_in_mv-94420/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Jochen Behr

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.